

## Ambitionierte Gesundheitsziele

Am 7. April ist die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 70 Jahre alt geworden. 61 Staaten haben 1946 ihre Satzung unterzeichnet, 1948 trat sie in Kraft.



Rudolf Henke,  
Präsident der  
Ärztekammer  
Nordrhein

Foto: Jochen Rolfes

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Gründer überzeugt, dass die Gesundheit aller Völker wesentlich für das Erlangen von Frieden und Sicherheit ist. Die Arbeit der WHO reicht seitdem in den Alltag aller Länder hinein, denn ihr Aufgabenspektrum umfasst beispielsweise die Ausrottung von Infektionskrankheiten, die Festlegung von Standards für Trinkwasserqualität, die Prävention von „Noncommunicable diseases“ sowie die Formulierung von weltweiten Gesundheitszielen. In den Zielekatalog reiht sich auch das Motto des diesjährigen Weltgesundheitstags ein, mit dem eine „flächendeckende Gesundheitsversorgung für Alle“ angestrebt wird. Denn noch hat die Hälfte der Weltbevölkerung, laut Bericht von Weltbank und WHO, keinen umfassenden Zugang zu essenziellen Gesundheitsdienstleistungen.

Wer hierzulande krank wird, hat es in der Regel nicht schwer, medizinische Hilfe zu finden. Doch auch in Deutschland besteht Handlungsbedarf. Zwischen 200.000 und 600.000 Menschen ohne Papiere, eine wachsende Zahl von EU-Bürgern ohne Krankenversicherung und eine ebenfalls steigende Zahl von obdachlosen Menschen haben keinen verlässlichen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung. Für diese Bevölkerungsgruppen müssen wir strukturelle Lösungen finden, um einen bedarfsgerechten Zugang zu einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Sicher liegen viele von der WHO formulierten Ziele in ferner Zukunft, doch es ist richtig und wichtig, dass eine globale Organisation jährlich ambitionierte Gesundheitsziele formuliert und dabei den Blick auf globale gesundheitliche Missstände richtet. So setzt sie ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit, mit der das Sterben von jährlich sechs Millionen Kindern unter fünf Jahren laut Unicef aufgrund fehlender Gesundheitsversorgung im Krankheitsfall und fehlender Impfungen hingenommen wird.

Kritik musste die WHO in jüngster Vergangenheit vor allem für ihr zögerliches Eingreifen während der Ebolakrise einstecken. Als Lehre aus dem Ebola-Ausbruch in Westafrika haben die WHO-Mitgliedsstaaten eine Reform der WHO und die Einrichtung eines Notfallfonds beschlossen. Er soll der WHO ermöglichen, bei Gesundheitskrisen sofort zu handeln, ohne vorher erst Mittel einwerben zu müssen. Zur Ausstattung des Notfallfonds hat die WHO die Mitgliedsstaaten um 100 Millionen Dollar gebeten. Bislang haben die Mitgliedsstaaten nicht einmal die Hälfte des Geldes zur Verfügung gestellt. Es scheinen sich also nicht alle Länder bewusst zu sein, dass Pandemien nie nur das Problem eines einzigen Landes sind und nur ein abgestimmtes Eingreifen hilft, Menschenleben zu retten. Deutschland hat sich mit 13 Millionen Euro an dem Fonds beteiligt. Damit unterstützen wir zum einen die WHO, die damit im Notfall schneller eingreifen kann. Wir setzen aber auch ein Zeichen gegen die generell unzureichende Finanzierung der WHO, die deren Neutralität langfristig bedroht und damit auch ihre Position als Mahner für eine globale Gesundheit untergräbt. RA